

BREMER RUNDSCHAU

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Bremen | November 2022

Die gepfefferten Preise sind für viele unbezahlbar!

Es ist im Supermarkt um die Ecke immer häufiger zu beobachten: Verbraucher schlendern mit ihrem leeren Einkaufswagen durch die Gänge voller Regale. Schauen sich interessiert um, drehen und wenden Produkte, blicken auf die Leiste mit den Preisschildern – und: Schock. Folgereaktion: Kopfschütteln, und der Artikel geht zurück in die Auslage. Zu teuer.

Viele Menschen haben ihr Einkaufsverhalten bereits an die hohe Teuerungsrate bei Lebensmitteln angepasst. Das sieht dann so aus, dass Kunden in den Supermärkten weniger einkaufen und dabei stärker auf den Preis achten oder gleich zu Aldi oder Lidl gehen. Hinzu kommt, dass Sonderangebote sehr schnell ausverkauft sind. Kunden von Bioprodukten kaufen jetzt weniger im Bio-Fachhandel, sondern ihre Bioprodukte verstärkt im Supermarkt oder gar Online.



Im September sind die Preise im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich um 18,7 Prozent in die Höhe geschneit. Besonders auffallend: Die Preisspirale bei Speise-

etten und -ölen mit einer Steigerung von knapp 50 Prozent. Überproportional stark gestiegen sind ferner die Preise bei Molkereiprodukten und Eiern, nämlich im Schnitt um mehr als 29 Prozent. Bei Gemüse (14,8 Prozent) und Obst (6,2 Prozent) wirken die Preissprünge eher moderat. Und: Nach Angaben der Statistiker aus Wiesbaden haben sich die Lebensmittel im siebten Monat in Folge gegenüber ihrem jeweiligen Vorjahreswert verteuert.

Nahrungsmittel sind Preistreiber

Ohne Preisexplosion bei Energie und Nahrung hätte die Gesamtinflation im August dieses Jahres gerade einmal bei 3,5 Prozent gelegen. Dazu passt, dass die Hauptsorge privater Haushalte die enormen Zusatzkosten bei der Lebenshaltung sind. Nur, wie können Verbraucher vor dem Preisturbo geschützt werden? Zunächst: Oftmals sei der Einzelhandel eine Art »Black Box«, so Frank Waskow von

der Verbraucherzentrale NRW. Die Höhe der Preisschübe sei selbst vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges bisweilen nicht mehr nachvollziehbar. Waskow weiter: Unerklärt bleibe, »warum manche Lebensmittel von heute auf morgen 40, 50 oder 100 Prozent teurer werden«. Sein Verdacht: Einige Hersteller und Händler nutzten die Lage, um Margen zu steigern.

So oder so: Zusammen mit den Preissteigerungen bei Energie, wo die privaten Anbieter von den Haushalten bis zu zehnmal höhere Preise verlangen, bedeutet das, dass das Leben für die unteren Schichten der Bevölkerung immer weniger leistbar ist. Daran ändern auch Einmalzahlungen der Regierung nichts, die noch dazu an Arm und Reich gleichermaßen verteilt werden.

Nur wenn unsere Gewerkschaften zum Auftakt der Herbstlohnrunde einen richtungsweisenden Abschluss, der deutlich über der Inflationsrate liegt, zustandebringen, kann der Lohnraub zumindest abgemildert werden. Andernfalls droht ein weiterer Verfall des Werts der Löhne und Gehälter. Was bedeutet, dass die gepfefferten Endverbraucherpreise auf lange Sicht so bleiben dürften und weiter munter nach oben klettern. Für zahlreiche Menschen bleibt das: Gucken, auch anfassen, aber nicht kaufen. Unbezahlbar.



Deshalb brauchen wir in der heutigen Zeit größtmöglichen Widerstand gegen die Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung, wir brauchen eine staatliche Preisregulierung der wichtigsten Waren des täglichen Bedarfs, der Energie- und der Wohnkosten.

Energieunternehmen sollten wieder verstaatlicht und zu einem gemeinnützigen Wirtschaften verpflichtet werden. Und schließlich brauchen wir Löhne und Gehälter, von denen wir leben können, höheres Arbeitslosengeld und bis zur Abschaffung höhere Hartz IV-Sätze sowie jährlich deutlichere Rentenerhöhungen, die nicht gleich wieder von der Inflation aufgefressen werden. ♦

Zeitenwende in den Köpfen

Die Bundeswehr soll ein neues „Soldatenbild“ propagieren und das „Kämpfen, Töten und Sterben“ sowie das „Durchstehen außerordentlicher Entbehrungen“ in den Mittelpunkt stellen. Dies fordern die Autoren eines neuen Strategiepapiers, das die Bundesakademie für Sicherheitspolitik, der wichtigste militärpolitische Think-Tank der Bundesregierung, veröffentlicht hat.



Wie es in dem Papier heißt, seien deutsche Soldaten, sollte es zu einem Krieg gegen eine Großmacht („Bündnisverteidigung“) kommen, mit einer völlig neuen Lage konfrontiert: Hätten sie in den bisherigen Einsätzen in „gut gesicherten Feldlagern“ noch „eine relative Sicherheit“ genossen, so sei nun die Bereitschaft zum „Durchstehen außerordentlicher Entbehrungen“ und „zum Kampf“ gefragt.

Gleichzeitig zeigt eine aktuelle Untersuchung, dass der Einsatz vor allem von Außenministerin Annalena Baerbock für stärkere „Wehrhaftigkeit“ in der Bevölkerung noch kaum gefruchtet hat. So ist der Anteil derjenigen, die mehr „Zurückhaltung“ in internationalen Krisen fordern, von 50 auf 52 Prozent gestiegen. Eine militärische Führungsposition Deutschlands in Europa weisen zwei Drittel der Bevölkerung zurück. ♦ german-foreign-policy

So, wie es ist, kann es nicht bleiben

Die große Weltwirtschaftskrise ausgelöst durch den Konkurrenzkampf und Kriegskurs der imperialistischen Mächte wird ergänzt durch die Folgen des Klimawandels, durch neokoloniale Ausbeutung und einem Verfall selbst bürgerlicher Ansprüche an ein modernes und ausgleichendes Staatswesen. ♦

Denk ich an Deutschland, zieht es mich zu Heine hin.

Denn ich schöpfe auch aus ihm die Kraft.

Die uns dieses Land menschlicher und schöner macht.



WELTLAUF

(Heinrich Heine, 1851)

**Hat man viel, so wird man bald
Noch viel mehr dazu bekommen.**

**Wer nur wenig hat, dem wird
Auch das Wenige genommen.**

**Wenn du aber gar nichts hast,
Ach, so lasse dich begraben-
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur die etwas haben.**

Nachtgedanken

Denk ich an
Deutschland in
der Nacht,
Dann bin ich um
den Schlaf
gebracht,
Ich kann nicht
mehr die Augen
schließen,
Und meine
heißen Tränen
fließen.

Heinrich Heine
(1797-1856)

Zur Lage des Bremer Gesundheitswesens: Auf dem Weg zur Minimalversorgung

Seit 2003 ist das Streben nach hoher Gewinnausschüttung für Aktionäre mit der Einführung der Fallpauschalen (DRG's) deutsche Realität. Die Krankheit ist zur Ware verkommen. Die verbleibenden öffentlichen Krankenhäuser sind für die Maximalversorgung und andere teure und langjährige Behandlungen rund um die Uhr zuständig.



Durch strukturelle Unterfinanzierungen durch den Bund, Land und Kassen und durch eine mangelhafte Bereitstellung von Landesinvestitionen schreiben natürlich die öffentlichen Krankenhäuser rote Zahlen.

Viele weitere Krankenhäuser in unserer Nähe, wie zum Beispiel das Martin Luther-Krankenhaus in Zeven oder die Ubbo-Emmius-Klinik in Norden sind, sollen und werden in den nächsten Jahren geschlossen. Der Abbau der stationären Gesundheitsversorgung durch die jetzige Regierung ist ein weiterer Schritt der sozialreaktionären und zerstörerischen Offensive gegen die Bevölkerung. Angeschoben von solchen *WHO-Denkern* wie Gesundheitsminister Lauterbach, der allen Ernstes meint, dass die Hälfte der Kliniken in Deutschland überflüssig sind. Der Beutezug der Privaten hat auch im Bremer Gesundheitswesen eine Schneise der Verwüstung hinterlassen. In den Bremer Krankenhäusern wird aufgrund der schlechten Personalbemessung mit dem Leben der Patienten gespielt.

Hier ist inzwischen ein Investitionsstau von über weit über 700 Millionen Euro entstanden. Was bedeutet, dass Neubauten statt mit staatlichen Mitteln, auf Kosten der Beschäftigten finanziert werden, wie z.B. der Teilneubau des KBM. Das Klinikum Mitte mit etwas über 800 aufgestellten Betten ist das größte Bremer Krankenhaus. Es ist eine Klinik der Maximalversorgung. Aber durch Personalmangel vor allem in der Pflege ist seit Monaten maximal nur rund die Hälfte der Betten belegbar. Zwei GeNo-Krankenhäuser (Links der Weser, Klinikum Ost) sind als Akutkrankenhäuser von der Schließung betroffen (A. Müller, Betriebsrätin).

Die Geschäftsführung der Gesundheit Nord hat 2021 den Auftrag des Aufsichtsrates unter Senatorin Claudia

Bernhard (Die Linke) erhalten, aktiv nach Möglichkeiten zu suchen, wie die Krankenhäuser Gelder einsparen können. Dabei kam heraus, dass bestimmte sog. patientenferne Bereiche (Speisenversorgung, Patientenbegleitdienst, Hauswirtschaft, Logistik, Empfang/Telefon, Bettenaufbereitung, Reinigung in Gestellung) in die *Gesundheit Nord Dienstleistungen GmbH* - GND ausgegliedert werden sollen.

Über 500 Kolleginnen und Kollegen sind davon betroffen. In diesen Bereichen arbeiten überwiegend Frauen in Teilzeitarbeit im Niedriglohnsektor. Diese werden dann nicht mehr nach TVÖD bezahlt werden, sondern nach dem Haustarifvertrag der GND. Diese Kolleginnen und Kollegen werden dann rund 1/3 weniger an Lohn bekommen. Das ist staatlicher Lohnraub!

Es gilt jetzt dafür zu kämpfen, dass die GND aufgelöst wird. Die Kolleginnen und Kollegen müssen wieder nach TVÖD bezahlt werden. Die Spaltung der Kolleginnen und Kollegen muss rückgängig gemacht werden. Dass dies geht, zeigt das Beispiel von vor einigen Jahren, als viele Reinigungskolleginnen am KBO wieder zurück in den TVÖD zurückgekämpft wurden. Dies gelang durch Solidarität der Betroffenen und konsequentes Handeln des Betriebsrates. Schließlich gehören wir der gleichen Klasse an, der Klasse der Lohnabhängigen. ♦



Bundesweit sind Schätzungen zufolge rund 50.000 Vollzeitstellen in Kliniken unbesetzt. Auch in der Pflege ist die Umverteilung das Kernproblem. Sogenannte Fallpauschalen sorgen dafür, dass einzelne Abteilungen profitabel wirtschaften und Aktionäre bedient werden. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat zwar in der vergangenen Woche eine Abkehr von dem System angekündigt. Bislang bleiben seine Ankündigungen aber mehr als nebulös. ♦

Völlig unbemerkt von der Öffentlichkeit, wie ein Dieb in der Nacht



WAHRHEIT, LÜGE, MANIPULATION ODER GAR EINE VERSCHWÖRUNGSTHEORIE? Bild: Partei der Arbeit (Österreich)

§ Die Bundesregierung hat im Windschatten des Ukrainekrieges den § 130 Volksverhetzung im Strafgesetzbuch (StGB) erweitert, der u. a. die "Leugnung von Kriegsverbrechen" unter Strafe stellt – auch bei Versammlungen. Wer besitzt nun die Definitionshoheit? Der Bürger oder die Politik?

Das Kuckucksei, um dessen Durchsetzung es den Ampelkoalitionären in Wahrheit ging und das sich im vorher in Umlauf gebrachten Gesetzesentwurf nicht findet, wurde am Ende der Drucksache 20/4085 versteckt: Hier war nicht mehr vom Registergesetz die Rede, sondern von etwas, das mit diesem Thema rein gar nichts zu tun hat, nämlich einer Ausweitung des Straftatbestandes der „Volksverhetzung“ (Paragraph 130 Strafgesetzbuch (StGB)). In einer Nacht-und-Nebel-Aktion hatte der Rechtsausschuss am 19. Oktober noch schnell die Erweiterung des Straftatbestandes der „Volksverhetzung“ an den Entwurf zum BZRG (Bundeszentralregistergesetz) angehängt. „Omnibusgesetz“ nennen das die Parlamentarier – Materien, die sachlich nichts miteinander zu tun haben, werden in einer Beschlussvorlage gebündelt. So konnte auf eine erste Lesung verzichtet werden. Und schon einen Tag später hat der Bundestag die Änderung wie ein Dieb in der Nacht abschließend beschlossen – natürlich als letzten Tagesordnungspunkt kurz vor 23 Uhr. Es geht der herrschenden Klasse um die vollständige Kontrolle der öffentlichen Meinung, denn bekannt erweise ist nur die Meinung der Herrschenden ist die herrschende Meinung. Was kommt als Nächstes? Die Eignung, Hass zu erzeugen, kann in diesen aufgeheizten Zeiten schließlich leicht unterstellt werden. ♦

Baut der Bremer Senat eine Bahnwerkstatt auf Leichen?«



Seit nunmehr 16 Monaten wurden auf dem »Russenfriedhof« in Bremen-Oslebshausen Ausgrabungen vorgenommen. Zuerst fand man nur ein paar menschliche Knochen und einen Schädel. Später wurde das erste vollständige Skelett eines sowjetischen Zwangsarbeiters ausgegraben. In den letzten Wochen nun, als niemand mehr damit gerechnet hatte, wurden drei Massengräber mit vermutlich 60 vollständigen Skeletten entdeckt. Aus den spärlichen Dokumenten im Staatsarchiv ergibt sich, dass auf diesem Areal während der Nazizeit etwa 800 Tote begraben wurden. 1948 war eine Um-

bettung der Leichen auf den Friedhof Osterholz vorgenommen worden; sie war aber unvollständig. Es wurden unter unwürdigen Umständen 446 Leichen exhumiert und in einem Massengrab beigesetzt. Völlig überraschend hat nun die Landesarchäologie Bremen den Abschluss der Grabungen auf dem sogenannten »Russenfriedhof« in Oslebshausen verkündet und dafür am 16. Oktober 2022 eine aufwendige Feier mit Symphonieorchester und prominenten Rednern aus dem Boden gestampft. Fragen zum Fortgang der Untersuchungen waren nicht vorgesehen. Die »Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu« und das Bremer Friedensforum als treibende Kräfte der Ausgrabungen waren nicht eingeladen. Sie protestierten mit einer Kundgebung vor dem Friedhofsareal. Auf ihrem Transparent stand: »Baut der Senat eine Bahnwerkstatt auf Leichen?«

Ein vorläufiger Bericht wird auf der nächsten Sitzung der Kulturdeputation der Bremer Bürgerschaft wahrscheinlich am 11. November vorgestellt. Und dann soll die Entscheidung fallen: grünes Licht für den Bau der Bahnwerkstatt oder die Einrichtung einer unabhängigen Expertenkommission. Offiziell ist die Entscheidung offen. Inoffiziell aber wird der Entscheidungskorridor immer weiter eingeengt. Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) hatte sich bereits im November 2021 für den Bau ausgesprochen. Sönke Hundt/BR ♦

Das Bürgergeld



Autoritäre Corona-Maßnahmen, Kriegspropaganda und Kriegsbeteiligung, Hetze und Sanktionen gegen Russen, Waffenlieferungen ohne Ende, desaströse Energie- und Verarbeitungs- und Verarmungspolitik sowie mediale oder gar juristische Verfolgung

von Kritikern: Der deutsche Imperialismus auf ukrainischen Markteroberungskurs dreht am Rad.

Mit eher kosmetischen Änderungen wollen die Regierungsparteien unter der Bezeichnung »Bürgergeld« ihr Versprechen umsetzen, Hartz IV zu »überwinden«. Doch schon die zaghafte sogenannte Reform dieses vor 20 Jahren von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossenen sozialpolitischen Kahlschlags geht unseren Sozialreaktionären von Union und AfD zu weit.

Die Union denkt darüber nach, das Gesetzesvorhaben im Bundesrat zu blockieren, weil die »Gefahr« bestehe, dass die Beziehenden am Ende mehr Geld hätten als Erwerbstätige.

Die CDU verbreitet damit die Unwahrheit, denn selbst mit Mindestlohn hat man immer mehr als mit dem Bürgergeld. Saskia Esken (SPD) signalisierte derweil Bereitschaft zum Kompromiss. »Wenn die unionsgeführten Bundesländer beim »Bürgergeld« Detailfragen klären wollen, sind wir dazu bereit«.

Nicht verhandelbar sei allerdings die Idee, dass es bei der Einführung »in erster Linie um Respekt« gehe. Die Drohung der Union, kritisierte Esken scharf. Blockade sei »keine Haltung für eine verantwortungsvolle Opposition«.

Die DKP tritt dafür ein, dass die Regelsätze den Teuerungen angepasst werden und jetzt um 200 Euro erhöht werden müssen. Geplant ist laut Bundesregierung lediglich eine Anhebung um 53 Euro ab Januar 2023 für alleinstehende Erwachsene auf dann 502 Euro im Monat. ♦

AfD – Feind der Arbeiterklasse

Die AfD beantragte im Bundestag die Arbeitspflicht, ein Reiseverbot und Lebensmittelkarten bei Ungehorsam für künftige Bürgergeld-Bezieher. Das wäre ein Booster für den Niedriglohnssektor, verstärkt die soziale Abstiegsangst und ist natürlich gegen die Interessen aller Beschäftigten. Das zeigt, dass die AfD nicht die Interessen der lohnabhängigen Klasse vertritt.

Denn Antragsteller sollen nach wie vor auf ihr Ersparnis und eventuell noch vorhandenes "Vermögen" durchleuchtet werden. Lediglich in den ersten beiden Jahren will man Rücklagen bis zu einer gewissen Höhe nicht antasten und Mieten anerkennen, die über festgelegte Obergrenzen hinausgehen.

Im Kern richtet sich der jüngste AfD-Antrag gegen die Interessen aller Lohnabhängigen, die keine privilegierten Stellungen im Beamten- und sonstigen Staatsdienst genießen. Kurzum: Die AfD will den deutschen Imperialismus gegen die Interessen der USA stärken. Dass die USA keine friedliche Freiheits- und Menschenrechtsmacht sind, ist bekannt. Das Problem dabei: Der deutsche Imperialismus ist das auch nicht, am allerwenigsten für die in seinem Herrschaftsbereich lebende, von ihm lohnabhängige Mehrheit der Beschäftigten, ebenso wenig für die Bevölkerungen in seiner Peripherie.



Der AfD-Antrag trägt die Überschrift "Aktivierende Grundsicherung statt bedingungslosem Grundeinkommen – Einführung von Bürgerarbeit". Dabei kann beim neuen Bürgergeld von bedingungslos keine Rede sein.

Materielle und finanzielle Macht bleibt eine ökonomische Eigentumsfrage. Wem Banken, Geld und Konzerne gehören, kann sich Politik und Wissenschaft kaufen. ♦

Arbeitskämpfe im Zeichen von Krieg und Krise

Beschäftigte sind streikbereit

Nach Ablauf der Friedenspflicht in der Nacht zum vergangenen Samstag haben im ganzen Bundesgebiet Kolleginnen und Kollegen aus der Metall- und Elektroindustrie machtvoll auf das völlig unzureichende Angebot der Branchenbosse reagiert. Von Bayern bis zur Küste legten sie teilweise die Produktion still, Tausende beteiligten sich an Kundgebungen der IG Metall.



Der Leiter des IG-Metall-Bezirks Südwest und Verhandlungsführer, Roman Zitzelsberger, bilanzierte: „Das war ein gelungener Auftakt, der die Arbeitgeber den Unmut der Beschäftigten spüren lässt. Und das war nur der Anfang.“

Ein ebenso positives Fazit zog die IG Metall Berlin, Brandenburg, Sachsen nach dem ersten Warnstreiktag ihres Bezirks, am dem rund 1.600 Metallerrinnen und Metalller in Berlin für eine oder mehrere Stunden die Arbeit niedergelegt hatten. IG-Metall-Verhandlungsführerin Irene Schulz machte deutlich: „Wir brauchen den Konflikt nicht. Aber wir können ihn, wenn es nötig wird.“

Auch die Tarifrunde des öffentlichen Dienstes beim Bund und den Kommunen wirft ihre Schatten voraus.

Ab Januar 2023 verhandelt ver.di für 2,5 Millionen Beschäftigte. Die Gewerkschaft fordert für die Erzieherinnen, Müllwerker, Busfahrerinnen und Feuerwehrleute 10,5 mehr Gehalt – mindestens aber 500 €.

Dass die Warnung vor einer Lohn-Preis-Spirale ökonomischer Unfug ist, erklärt ver.di-Chefökonom Dierk Hirschel: „Kräftige Lohn- und Gehaltszuwächse sind das beste Mittel gegen steigende Lebenshaltungskosten. Wirtschaftsliberale Ökonomen sehen das naturgemäß anders. Die hohen Tarifforderungen von ver.di und IG Metall sind ein willkommener Anlass, um vor einer drohenden Lohn-Preis-Spirale zu warnen.“

Neben dem Kampf in den Betrieben wird in der aktuellen Situation zusätzlich Druck auf politischer Ebene notwendig sein. Es ist nicht abzuschätzen, in welchem Ausmaß die Energie- und Lebensmittelpreise in den nächsten Monaten weiter steigen werden. Schon jetzt werden die aktuell geforderten Lohnerhöhungen allein die Reallohnverluste nicht ausgleichen können.

Daher sind Demonstrationen wie jüngst für eine weitere Energiepreispause, einen Gas- und Stromdeckel, ein Kündigungsmoratorium zum Schutz von Mietern, eine Besteuerung von Übergewinnen und nicht zuletzt ein gerechteres Steuersystem, wie vom DGB gefordert, sinnvolle Maßnahmen, um die schlimmsten Folgen von Krise und Inflation abzumildern.

Soll die Krisenbekämpfung jedoch über reine Symptombehandlung hinausgehen, müssten auch die eigentlichen Ursachen erkannt und benannt werden. Dies sind der Stellvertreterkrieg in der Ukraine und der Wirtschaftskrieg gegen Russland und die damit verbundenen Sanktionen. ♦

BREMER  **RUNDSCHAU**

**DEUTSCHE
KOMMUNISTISCHE
PARTEI | DKP BREMEN**

<https://bremen.dkp.de/bremen-lokal/>

V.i.S.d.P.: Gerd-Rolf Rosenberger, Mühlenstr. 135, HB

UZ

ZEITUNG DER DKP

**Unsere Zeit
jetzt 6 Wochen
Probelesen**

<https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>